

Niederschrift

über die 39. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 20.03.2025

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Steve Kuhlmann
Herr Niklas Meyer
Frau Johanna Weber
Herr Michael Weber

SPD

Herr Jörg Benesch
Frau Heike Peppmüller-Hilker
Herr Reinhard Schäfers
Frau Heidemarie Schönrock-
Beckmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr André Flöttmann
Herr Peter Werner Grätschus
Herr Gerd-Peter Grün
Herr Dr. Alexander Horstmann
Frau Ruth Wegner

Vorsitz

Die Linke

Herr Bernd Adolph
Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

FDP

Herr Gregor Spalek

Von der Verwaltung/Gäste:

Herr Frank Homann, Amt für Verkehr	TOP 7, 9
Herr Norbert Löhr, Amt für Verkehr	TOP 9
Herr Lars Bielefeld, Bauamt	TOP 8
Frau Sarah Droste, Bauamt	TOP 10, 11
Herr Jan Weigel, Bauamt	TOP 10, 11, 24.1 nö
Herr Werner von Beeren, Enderweit + Partner	TOP 24.1 nö
Herr Andreas Hansen, Bezirksamt Jöllenbeck.1	
Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung	

Entschuldigt fehlt:

Frau Heliane Ostwald (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Grün eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 39. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 20.3.2025 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sodann beantragt er, die TOPs 7, 8, 10 und 11 vorzuziehen. Die BV-Mitglieder stimmen einstimmig zu.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche**

Zu Punkt 1.1 **Einwohnerfrage "Sanierung Talbrückenstraße/Asphalt"**

Eine Einwohnerin stellt die Frage, welcher Asphalt für die Sanierung der Talbrückenstraße verwendet wird und wie sich der Straßenlärm nach der Sanierung verändert.

Das Amt für Verkehr antwortet, dass ein „lärmarmer Splittmastixasphalt (SMA 8 LA) zum Einsatz kommt.

Der jeweils vollständige Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Die Einwohnerin hat die Antwort schriftlich erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 1.2 **Einwohnerfrage in der Sitzung am 20.2.2025 "Zustand Weg zur Schrebergartenkolonie Alte Schmiede"**

Der Umweltbetrieb antwortet auf den Hinweis des desolaten Zustands des Weges, dass in den nächsten Wochen die Deckschicht des Weges erneuert wird.

Der vollständige Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Der Einwohner hat die Antwort schriftlich erhalten.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 20.02.2025**

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung am 20.2.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Anfrage zur Verkehrssituation an der Sudbrackstraße im Bereich Grünanlage Meierteich/Straße Am Feuerholz (Anfrage der Fraktionen Die Linke und SPD v. 09.01.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9376/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Anfrage zur Verbesserung der Vollsignalisierung an der Beckhausstraße (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 11.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9579/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Anfrage zur Sanierung des Glas- und Kleidercontainer-Standortes an der Westerfeldstraße (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9621/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.4

Anfrage zu parallelen Sperrungen im Bereich Schildesche (Anfrage des Vertreters der FDP v. 05.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9760/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 4.5

Anfrage zur Ampelanlage Engersche Straße (gem. Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke v. 10.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9789/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 4.6

Anfrage zur Pflasterabsenkung am Eingang zum Bultkamppark (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 11.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9809/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 4.7

Anfrage zu den geplanten Baustellen in 2025 und 2026 im Stadtbezirk Schildesche (Anfrage der CDU-Fraktion v. 11.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9811/2020-2025

Der Text der Anfrage und der Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 4.8

Anfrage zu Beteiligung von Kindern bei Spielplatzerneuerungen (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9856/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Antrag zur Aufstellung größerer Mülleimer im Bultkamppark und weiterer stark frequentierter Grünanlagen im Stadtbezirk Schildesche (gem. Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke v. 04.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9758/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche bittet die Verwaltung zu prüfen, ob im Bultkamppark und gegebenenfalls auch in weiteren stark frequentierten Grünanlagen größere Behältnisse zur Aufnahme des Mülls aufgestellt werden können, evtl. auch spezielle Mülleimer mit Hundkotbeutelspender abseits von Bänken.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Antrag zur Benennung des Grünzuges zwischen Westerfeldstraße und ehemaliger Stiftsmühle (gem. Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 11.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9810/2020-2025

Herr Dr. Hawerkamp (Die Linke) erläutert den Antrag.

Herr Kuhlmann stimmt zu, bittet aber vor dem Beschluss, dass Herr Dr. Rath vom Stadtarchiv den Namen Emil Fillies prüfen möge.

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, das Stadtarchiv um entsprechende Überprüfung zu bitten.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Antrag zur Aufstellung von Parkbänken am südlichen Ufer des Obersees (Antrag der CDU-Fraktion v. 11.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9818/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche beantragt die Aufstellung von zwei Parkbänken am südlichen Ufer des Obersees im Bereich des ehemaligen Stegs.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.4

Antrag zu Neuregelungen der Straßenverkehrsordnung im Stadtbezirk Schildesche (gem. Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke v. 11.03.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9822/2020-2025

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche bittet die Verwaltung, zu prüfen und anzuzeigen, an welchen Stellen im Stadtbezirk Schildesche die Neuregelungen der Straßenverkehrsordnung greifen könnten.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Vorstellung der neuen Bezirkspolizistin Claudia Stiller im Stadtbezirk Schildesche

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Stiller musste sich für heute entschuldigen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Neuordnung der Parkraumbewirtschaftungszonen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4129/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Homann vom Amt für Verkehr. Herr Homann erklärt, dass zunächst die Zonierung beschlossen wird. Über die Gebühren entscheidet zu einem späteren Zeitpunkt der Rat der Stadt Bielefeld.

Herr Benesch (SPD) reicht zu der Vorlage einen Ergänzungsantrag ein, der den neuen Punkt 3 des Beschlussvorschlags darstellt:

A: Die Bezirksvertretung stimmt der **Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung als planerischer Grundlage** zu. Die planerische Neuordnung der Zonen und Segmente ist jedoch nicht mit einem Auftrag zur Ausweitung der Bewirtschaftung über das gesamte Gebiet gleichzusetzen.

B: Einer Ausweitung der de facto **bewirtschafteten Segmente** muss die Bezirksvertretung zustimmen. Dazu legt die Stadtverwaltung einen Vorschlag vor, wie die folgenden Aspekte in dieser Zone verbessert werden können: - Ausweitung des **Service-Parkens** möglichst in einer Vielzahl der Straßen (Parken für Lieferdienste, Pflegedienste, Handwerker:innen). - Höherer Anteil der Parkplätze nur für berechnigte Anwohner:innen, um einen nahegelegenen **Bewohner:innen-Parkplatz** sicherzustellen. - Klare Markierungen der Parkplätze. Voraussetzung für einen solchen Vorschlag ist das Vorhandensein eines hohen Parkdrucks, einer guten Qualität des ÖPNV und dass absehbar keine Großbaustelle in der Nähe ansteht.

C: Die **Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung** sollen der Verbesserung des ÖPNV insbesondere am Stadtrand sowie dem Ausbau von P+R-Plätzen sowie Quartiersparkhäusern zur Verfügung gestellt.

Herr Kuhlmann (CDU) erklärt, dass seine Fraktion weder der Vorlage noch dem Ergänzungsantrag zustimmen werde. Nach der Vorlage sei vorgesehen, die Reduzierung des MIV durch Repression zu erreichen, in dem der Parkraum reduziert werde. Quartiersparkhäuser seien nicht vorgesehen, die zu erwartenden P+R-Parkplätze verschlechtern die aktuelle Situation eher als dass sie verbessert werde. Die CDU ordne die

Parkraumbewirtschaftung in der vorliegenden Form als unsoziale Maßnahme ein, da die Mitte der Gesellschaft durch die Neuaufteilung der Parkräume mit der geplanten Erhöhung der Gebühren besonders betroffen sei. Schwierig sei zudem, dass die Höhe der Gebühren nicht klar sei.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) entgegnet, dass es nötig sei, den Verkehr – auch den ruhenden Verkehr - im öffentlichen Raum neu zu regeln. Bisher sei der Anteil des MIV zu dominant. Die Bezirksvertretung könne zum Beispiel zukünftig mitbestimmen, ob bestimmte Parkplätze kostenfrei oder kostenpflichtig benutzt werden können.

Herr Adolph (Die Linke) sieht Probleme bei dem geplanten neuen Standort des P+R-Parkplatzes auf dem Lehrerparkplatz der Martin-Niemöller-Gesamtschule. Es werde zu wenig freie Parkplätze geben.

Er regt an, Markierungen von Parkplätzen in Wohngebieten farblich zu gestalten. So könne es unterschiedliche Farben für Anwohner und Besucher geben. Herr Homann sagt zu, die Idee zu prüfen.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt zuerst über den Ergänzungsantrag abstimmen.

Zustimmung:	10
Ablehnung:	5
Enthaltung:	1

Der Text des Ergänzungsantrags wird als Punkt 3 des Beschlussvorschlags aufgenommen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretungen empfehlen, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Die Neuordnung der räumlichen Aufteilung für die Bewirtschaftungszonen für das Parken im öffentlichen Straßenraum und das Bewohnerparken wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen. Bei Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung werden der Anteil der Bewohnerparkplätze an der Gesamtzahl der vorhandenen Stellplätze im Vergleich zum Status Quo steigen und Serviceparkplätze (z.B. für Handwerks-, Pflege- und Lieferdienste) ausgewiesen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Umsetzung entsprechend vorzubereiten.
3. *A: Die Bezirksvertretung stimmt der **Neuordnung der Parkraumbewirtschaftung als planerischer Grundlage** zu. Die planerische Neuordnung der Zonen und Segmente ist jedoch nicht mit einem Auftrag zur Ausweitung der Bewirtschaftung über das gesamte Gebiet gleichzusetzen.*

*B: Einer Ausweitung der de facto **bewirtschafteten Segmente** muss die Bezirksvertretung zustimmen. Dazu legt die Stadtverwaltung einen Vorschlag vor, wie die folgenden Aspekte in dieser Zone verbessert werden können:* - Ausweitung des **Service-Parkens** möglichst in einer Vielzahl der Straßen (Parken für Lieferdienste, Pflegedienste, Handwerker:innen). - Höherer Anteil der Parkplätze nur für berechnigte Anwohner:innen, um einen nahegelegenen **Bewohner:innen-Parkplatz** sicherzustellen. - Klare Markierungen der Parkplätze. Voraussetzung für einen solchen Vorschlag ist das Vorhandensein eines hohen Parkdrucks, einer guten Qualität des ÖPNV und dass absehbar keine Großbaustelle in der Nähe ansteht.

*C: Die **Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung** sollen der Verbesserung des ÖPNV insbesondere am Stadtrand sowie dem Ausbau von P+R-Plätzen sowie Quartiersparkhäusern zur Verfügung gestellt.*

Zustimmung:	10
Ablehnung:	5
Enthaltung:	1

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Neue Stellplatzsatzung für die Stadt Bielefeld; Aufteilung des Stadtgebiets in Zonen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8931/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Bielefeld, Amtsleiter des Bauamts.

Herr Bielefeld stellt die geplante neue Stellplatzsatzung vor, die die Anzahl an privaten Stellplätzen für PKW regelt und auch die Schaffung von Fahrradstellplätzen vorsieht.

Dabei wird den unterschiedlichen Flächenverfügbarkeiten Rechnung getragen. So verfügt der Innenstadtbereich aufgrund der hohen baulichen Dichte über die wenigsten Flächenreserven für die Unterbringung privater PKW und soll entsprechend die größtmögliche Entlastung erfahren.

Das Stadtgebiet werde dazu ausgehend vom Stadtzentrum ringförmig in Zonen aufgeteilt. Die vorgeschlagene Einteilung entspreche der vom Amt für Verkehr für die Neuordnung der Parkraumbewirtschaftungszonen vorgeschlagenen Zonierung und berücksichtige Siedlungszusammenhänge und statistische Gebietsgliederungen.

Für jeden Stellplatz, der vom Investor nicht nachgewiesen werden kann, müsse eine Ablösesumme bezahlt werden.

Auf die entsprechende Frage von Herrn Kuhlmann (CDU) erläutert Herr Bielefeld, dass Bestandsbauten nicht betroffen seien. Weiter vermisst Herr Kuhlmann eine Differenzierung. Es sei nicht sinnvoll, die Zonierung des Amts für Verkehr zu übernehmen, es müsse genauer betrachtet werden, in welchen Gebieten zum Beispiel besonders hoher Parkdruck herrsche, wie die ÖPNV-Anbindung sei etc. Er befürchtet ebenso wie Herr Spalek (FDP), dass sich das Stellplatz-Problem in den öffentlichen Raum verlagert.

Die Ablösesummen seien zu niedrig; Herr Kuhlmann geht davon aus, dass diese erhöht werden.

Herr Benesch (SPD) und Frau Wegner (B 90/Die Grünen) stimmen für ihre Fraktionen der Einführung der neuen Stellplatzsatzung zu.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über die Vorlage abstimmen. Die Mitglieder fassen folgenden

Beschluss:

Die BV Schildesche empfiehlt / Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Der als Anlage beigefügten Zonierung der Stadt Bielefeld in Hinblick auf eine zukünftige differenzierte Forderung nach notwendigen Kfz-Einstellplätzen im Rahmen einer neuen Stellplatzsatzung für die Stadt Bielefeld wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der unter Ziffer 1 genannten Zonierung den Entwurf einer neuen Stellplatzsatzung vorzulegen.

Zustimmung: 11

Ablehnung:

5

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 9

Umbau Jöllenbecker Straße/Wegfall Parkplätze

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Homann und Herrn Lühr vom Amt für Verkehr.

Herr Homann nennt die Barrierefreiheit und die Fahrradtauglichkeit als die wichtigsten Kriterien, die beim anstehenden Umbau der Jöllenbecker Straße mit Vamos-gerechten Gleisen zu beachten sind. Das heutige Thema „Wegfall der Parkplätze“ hänge eng mit dem Umbau zur fahrradtauglichen Straße zusammen. Bei der Jöllenbecker Straße handle es sich um eine sogenannte Fahrradhaupttroute der Kategorie I. Das

bedeute, dass Fahrradwege eigentlich eine Breite von 1,90 m haben müssten. Aufgrund der geringen Straßenbreite sei die Einhaltung der Mindestmaße nicht immer möglich. Man müsse Kompromisse eingehen und zum Teil die Mindestmaße unterschreiten. Dennoch werden die Fahrradwege verbreitert, was auch zu Lasten der Parkplätze gehe.

Dies sei aber auch immer so kommuniziert worden, so dass der Wegfall der Stellplätze eigentlich keine Überraschung sei.

Die Bezirksregierung Detmold müsse der Unterschreitung der Mindestmaße zustimmen.

Herr Benesch (SPD) betont dennoch die Wichtigkeit von verbleibenden Parkplätzen. Es müsse im Sinne der Gewerbetreibenden alles versucht werden, Parkplätze zu erhalten, in dem zum Beispiel über ein Quartiersparkhaus nachgedacht werde. Er weist auf die zu erwartenden Probleme des Lieferverkehrs für die Geschäfte Penny und Edeka hin.

Frau Schönrock-Beckmann regt an zu versuchen, auf dem Penny-Parkplatz wenigstens eine Ecke für PraxenbesucherInnen zu reservieren, wenn schon ein Quartiersparkhaus nicht möglich sei.

Auch Herr Kuhlmann (CDU) bittet darum, noch einmal ganz genau nachzumessen, ob nicht doch noch vereinzelt Parkplätze geschaffen werden können. Eine Verbreiterung des Radwegs sei gegenüber des jetzigen Zustands schon eine Verbesserung. Aber dennoch müssen im unteren Bereich mindestens weitere 3 – 5 Parkplätze erhalten bleiben, dürfen nicht alle komplett wegfallen. Die Existenz von einigen Gewerbetreibenden hänge davon ab. Zumal in der nächsten Zeit die Jöllenbecker Straße mehrfach Baustelle sei, was ohnehin eine extreme Belastung für die Gewerbetreibenden darstelle.

Dem Vorschlag von Herrn Löhr, Kurzzeitparkplätze in den Nebenstraßen einzurichten, erteilt Herr Weber (CDU) eine Absage. Durch die wegfallenden Parkplätze an der Jöllenbecker Straße werde es schon zu einer Verdrängung in die Nebenstraßen kommen. Herr Löhr stellt klar, dass vielfach Stellplätze auf privatem Grund von den Hauseigentümern anders genutzt werden. Das müsse sich ändern, solche Flächen müssen wieder als Parkfläche zur Verfügung stehen.

Frau Wegner (B 90/die Grünen) betont, dass es auch um die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern gehe. Die Fläche sei nicht nur für die PKW vorgesehen, es müsse eine gerechtere Aufteilung geben. Die Umsetzung des Mobilitätskonzepts sei politisch beschlossen.

Herr Homann erinnert daran, dass die Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren zu dem geplanten Umbau bei der Bezirksregierung Detmold im September 2023 eingereicht wurden. Sollten von der BV jetzt noch Änderungen bezüglich der Parkplätze gefordert werden, könnten diese nur noch mit einem sogenannten Deckblattverfahren erreicht werden. Erhebliche Zeitverzögerungen wären die Folge. Zurzeit liege der Ball bei der Bezirksregierung.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bedankt sich bei Herrn Homann und Herrn Löhr für den Besuch und die Ausführungen.

-.-.-

Zu Punkt 10

Bebauungsplan Nr. 21.1 „Wohnen südlich der Voltmannstraße zwischen Jöllenbecker Straße und Koblenzer Straße / Schildesche“

- Stadtbezirk Schildesche -

Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Behörden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9392/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Frau Droste und Herrn Weigel vom Bauamt.

Frau Droste stellt anhand einer Präsentation die Vorhaben für die Bebauungspläne 21.1 „Wohnen südlich der Voltmannstraße zwischen Jöllenbecker Straße und Koblenzer Straße“ und 23.1 „Wohnen westlich des Grenzbach-Grünzugs nördlich der Schloßhofstraße/Gellershagen“ (s. TOP 11) vor.

Die Präsentationen sind im Informationssystem einsehbar.

Ziel der Planung ist eine behutsame Nachverdichtung eines bestehenden Wohngebiets. Um in den rückwärtigen Grundstücksbereichen eine Nachverdichtung zu ermöglichen, sollen hier zusätzliche überbaubare Grundstücksflächen in zweiter Reihe festgesetzt werden.

Bisher ist nicht öffentlich über das Vorhaben berichtet worden. Pro Plan seien 50 – 60 Wohneinheiten möglich, die errichtet werden können. Das Bauamt geht davon aus, dass die Bebauung nach und nach umgesetzt werde.

Auf die Frage von Frau Peppmüller-Hilker (SPD), ob die bestehende Kanalisation ausreiche, erklärt Herr Weigel, dass die Kapazitäten gegebenenfalls in Absprache mit dem Umweltbetrieb angepasst werden.

Herr Kuhlmann (CDU) begrüßt grundsätzlich, dass hier größere Fläche zusammen betrachtet werden. Jetzt sei das Interesse der Immobilienbesitzer zu prüfen. Bestehe der Wunsch zu bauen oder möchte man lieber seinen großen Garten mit Baumbestand behalten? Herr Weigel erklärt, dass es in keinem Fall eine Pflicht zur Bebauung gebe.

Herr Bezirksbürgermeister lässt über beide B-Pläne abstimmen. Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt / Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 21.1 „Wohnen südlich der Voltmannstraße zwischen Jöllenbecker Straße und Koblenzer Straße/ Schildesche“ ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) neu aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebiets ist die im Abgrenzungsplan eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereichs“ verbindlich.
2. Die Aufstellung des Bebauungsplans soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a Absatz 1 BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
3. Für die Aufstellung des Bebauungsplans ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a Absatz 3 BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB erfolgt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Bebauungsplan Nr. 23.1 „Wohnen westlich des Grenzbach-Grünzugs nördlich der Schloßhofstraße / Gellershagen“

- Stadtbezirk Schildesche -

Aufstellungsbeschluss

Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9427/2020-2025

Inhaltlich wird der TOP zusammen mit TOP 10 besprochen, Protokoll siehe dort.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt / Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 23.1 „Wohnen westlich des Grenzbach-Grünzugs nördlich der Schloßhofstraße / Gellershagen“ für das Gebiet nördlich der Schloßhofstraße, westlich des Grenzbach-Grünzugs, östlich der Voltmannstraße und südlich der Straße Am

Brodhagen ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebiets ist die im Abgrenzungsplan eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereichs“ verbindlich.

2. Die Aufstellung des Bebauungsplans soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a Absatz 1 BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
3. Für die Aufstellung des Bebauungsplans ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a Absatz 3 BauGB darauf hinzuweisen, dass die Aufstellung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB erfolgt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12

Kulturprogramm 2025 für den Stadtbezirk Schildesche

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9687/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt das Kulturprogramm 2025 für den Stadtbezirk Schildesche entsprechend der Begründung dieser Vorlage.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Errichtung öffentlicher Trinkwasserbrunnen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9691/2020-2025

Die BV nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14**Standortempfehlung Trinkwasserbrunnen****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 9755/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche stimmt den folgenden, priorisierten Standortempfehlungen der Projektgruppe „Öffentliche Trinkwasserbrunnen“ zu:

1. Hedwig-Dornbusch-Schule, An der Stiftskirche 13
2. Jöllenbecker Straße / Lakemannstraße, Zugang Gellersha-
gener Park
3. Obersee, Nähe Parkplatz Talbrückenstraße

Im Jahr 2025 wird zunächst die Standortempfehlung Nr. 1 realisiert.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15**Vergabe von Sondermitteln der Bezirksvertretung Schildesche im Haushaltsjahr 2025**

Nach kurzer Diskussion fasst die BV folgenden

Beschluss:

Antragsteller	Zuschussobjekt	Summe
„MNG...läuft“	200 Funktions-Laufshirts	500,00 €
Städt. Kita Gellersha- gen	Regalsystem	585,00 €
Bezirksamt Jöllen- beck	Kulturprogramm Schil- desche	800,00 €
Bethel.regional Be- gegnungszentrum Bültmannshof	Bürgerfest 28.6.2025	600,00 €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16**Vergabe der "Kleinen Grünunterhaltungsmittel" für den Stadtbezirk Schildesche im Haushaltsjahr 2025**

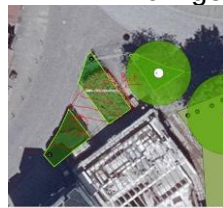
Der Umweltbetrieb schlägt folgendes Projekt zur Verwendung der bezirklichen Grünmittel vor:

Die BV plant ein Denkmal für die vertriebenen, deportierten Juden und Sinti-Roma vor dem Haus Huchzermeierstraße 23 (ehem. Fisch Adam).

Für die notwendigen Umgestaltungen der Fläche könnten die bezirklichen Grünmittel der BV Schildesche 2025 eingesetzt werden. Der Architekt Herr Beck wird dazu noch einen Plan erstellen, die Skizze unten ist während des gemeinsamen Ortstermins am Mittwoch 05.03.25 entstanden.

Es soll folgendes erfolgen:

- Rodung der verbliebenen Pflanzfläche
- Vorhandene Plattenfläche zwischen den beiden Beeten entfernen und in die künftige Fläche integrieren
- Kantensteine der bisherigen Flächen entfernen
- Einen neuen Parkplatz mit Naturstein erstellen.
- Zwischen den Parkplätzen ein Extensivstaudenbeet erstellen
- Neue Fläche für Skulptur anschottern und nach Aufstellung der Skulptur mit Stiefmütterchen und Kies endausbauen
- Findlinge als Sitzflächen verlegen.



Die BV folgt dem Vorschlag und fasst folgenden

Beschluss:

Die BV Schildesche plant ein Denkmal für die vertriebenen, deportierten Juden und Sinti-Roma vor dem Haus Huchzermeierstraße 23 (ehemals Fisch Adam) zu errichten.

Für die notwendigen Umgestaltungen auf dem entsprechenden Grundstück sind die bezirklichen Grünmittel der BV Schildesche 2025 einzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 17.1

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Einstufung des Wehrs über dem Johannisbach als technisches Denkmal? (gem. Antrag 9528/2020-2025 der Fraktionen Die Linke, SPD und B 90 vom 11.2.2025

Der Text der Antwort ist im Informationssystem einsehbar.

Zu Punkt 17.2

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Nachfragen zur Antwort auf die Anfrage "Eingezäunte Hundewiesen" vom 16.1.2025 (9329/2020-2025)

Der Text der Antwort ist im Informationssystem einsehbar.
